

WILFRIED LOTH

DAS ENDE DER LEGENDE

Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung

Hermann Graml hat geglaubt, die Untersuchung zur Entstehung der „Stalin-Note“, die ich zusammen mit einer Auswahl der hierzu eingesehenen Dokumente in der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte publiziert habe¹, mit einem kritischen Kommentar versehen zu müssen. Für Graml bin ich ein Autor, „der seit langem darauf besteht, Stalin müsse als eine Art Gorbatschow in rauherer Schale gesehen werden“, der bei seiner Quelleninterpretation den zeitgenössischen Kontext sträflich vernachlässigt und die Quellen in ein vorgefertigtes, von der Erfahrung des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums geprägtes Schema preßt, das mit der Realität des Kalten Krieges nichts zu tun hat. Das Ergebnis solchen Verfahrens ist laut Graml, „daß Wilfried Loth die Aussagen der Dokumente in toto falsch deutet“. Statt unabwiesbarer Belege für die sowjetische Absicht, mittels eines Friedensvertrages eine gesamtdeutsche Regelung zustande zu bringen, biete meine Dokumentation „eindeutige Beweise“ für „das genaue Gegenteil“, nämlich für die von Graml schon früher vertretene Auffassung, „daß die Note vom 10. März 1952 lediglich als ein begrenztes Unternehmen im Propagandakrieg zwischen Ost und West gedacht war“. Hermann Graml sieht sich „von der Lothschen Dokumentation bestätigt“².

Das sind gravierende Vorwürfe an die Adresse des Autors, verbunden mit einer kategorischen Aussage in der Sache. Erstere mag man auf sich beruhen lassen, doch fordert Letztere zu einer Stellungnahme heraus. Schließlich will man ja wissen, welche Absichten Stalin mit der Initiative vom 10. März 1952 wirklich verfolgt hat; da ist es geboten, die Argumente, die in dem Streit um die Interpretation der „Stalin-Note“ vorgetragen werden, sorgfältig zu prüfen. Schauen wir uns also an, was Hermann Graml zur Begründung seiner Kritik vorzubringen hat.

¹ Vgl. Wilfried Loth, Die Entstehung der „Stalin-Note“. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002, S. 19–115.

² Hermann Graml, Eine wichtige Quelle – aber mißverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note‘. Dokumente aus Moskauer Archiven“, in: Ebenda. S. 117–137, (Zitate S. 118, 124, 137, 126). Gramls ursprüngliche These findet sich erstmals in: Hermann Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341. Vgl. auch ders., Die sowjetische Notenkampagne von 1952, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart/Zürich 1982, S. 16–37 u. 98–105; Hermann Graml, Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit, St. Augustin/Melle 1988.

Sein *erstes* Argument soll wohl lauten, die neu erschlossenen Dokumente verrieten gar nicht so viel über die Intentionen der sowjetischen Führung, wie ich annehme. Graml spricht von „viertrangigen Funktionären“, die in einer „Formulierungskommission“ an Papieren zur öffentlichen oder diplomatischen Verwendung werkelten, und behauptet, der Hauptautor der Schriftstücke, Michail G. Gribanow, werde „nicht in einem einzigen der Schriftstücke“ als die eigentlich treibende Kraft hinter der Friedensvertrags-Initiative „sichtbar“. Zudem sagten die vorgelegten Dokumente „über Handlungen Stalins, etwa über Eingriffe in die Redaktionsarbeit [...] nichts aus, erst recht nichts über Absichten und Motive des sowjetischen Diktators“ (S. 120 f.).

Wie Graml zu solchen Aussagen kommt, bleibt sein Geheimnis. Tatsächlich regte Gribanow am 7. Februar 1951 an, auf der angestrebten Tagung des Alliierten Außenministerrats einen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzulegen. Am 9. Juli unterbreitete er einen umfangreichen Katalog von Vorschlägen, wie auf den Abbruch der Pariser Vorkonferenz reagiert werden könnte. Am 3. August präziserte er seinen Vorschlag zur Erarbeitung und Veröffentlichung von „Grundlagen des Friedensvertrages“, am 8. September, 10. Dezember und 16. Januar machte er weitere Vorschläge, am 21. Februar nahm er zu einem Verfahrensvorschlag der SED-Führung Stellung. All das ist mehr als Redaktionsarbeit, und es ist genau das, was Gribanow als Leiter der deutschlandpolitischen Abteilung des Moskauer Außenministeriums zu tun hatte: für die Operationalisierung der deutschlandpolitischen Generallinie Stalins zu sorgen und Vorschläge für die Reaktion auf die Entwicklung der politischen Gesamtlage vorzutragen. Er war deswegen keine Graue Eminenz in der Art Friedrich von Holsteins, wie Graml meine Beschreibung karikierend verzerrt (S.125), aber er stand im Mittelpunkt der Stalinschen Deutschlandpolitik. Es gab niemand anderen, der in gleicher Weise für sie zuständig gewesen wäre, und es gab auch keine andere deutschlandpolitische Linie als diejenige, die in den hier dokumentierten Entscheidungsprozessen deutlich wird. Gribanow war Semjonows Vorgesetzter, nicht etwa umgekehrt; und wie die Dokumente zeigen, lieferte er auch Entwürfe für Anweisungen an Tschujkow. Gribanow koordinierte das Tagesgeschäft, Molotow entschied, was Stalin vorgelegt wurde, und Stalin traf Entscheidungen, oft bis ins kleinste Detail.

Die Frage nach der Sichtbarkeit Stalins in den Dokumenten ist damit zum Teil auch schon beantwortet: Gribanow mußte darauf bedacht sein, Argumentationen vorzutragen, die Stalin zusagten und seinen Intentionen entsprachen; folglich kann man aus den unter seiner Verantwortung formulierten Texten ablesen, wie man den Kremelchef in seiner engsten Umgebung sah. Das muß nicht in allen Fällen hundertprozentig richtig gewesen sein, es kann aber auch nicht grundsätzlich falsch gewesen sein. Wenn dann von Molotow zur Vorlage bei Stalin freigegebene Dokumente am Tag nach der Behandlung im Politbüro oder sogar noch am gleichen Tage verändert wurden, dann konnten die Änderungen nur von Stalin selbst kommen. Niemand anders wäre in der Lage gewesen, von Molotow abgesegnete Formulierungen und Verfahrensvorschläge noch einmal zu ändern. An den Änderungen ist also die Handschrift Stalins ziemlich deutlich zu erkennen. Natürlich würden wir darüber hinaus

gerne auch noch den Wortlaut seiner Äußerungen in den Politbüro-Sitzungen kennen, aber die sind erstens nicht protokolliert worden, und zweitens wären sie im Hinblick auf die tatsächlichen Intentionen und Überlegungen Stalins auch nicht viel beweiskräftiger als die Handlungen (in diesem Falle: Korrekturen), die aus den geänderten Texten ablesbar sind. Es dürfte schwer fallen, noch näher an die Gedankenwelt Stalins heranzukommen, als es mit der hier vorgelegten Kombination von Dokumenten des Außenministeriums, des Parteiarchivs und des Präsidentenarchivs möglich ist³.

Das heißt aber auch – man muß es leider sagen –, daß Interpretationen der Stalinischen Politik mit den hier erkennbaren Linien und Verhaltensweisen in Einklang gebracht werden müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Tradierte Auffassungen, die mehr oder weniger gut begründet sind, einfach dagegen zu setzen, kann nicht überzeugen. Es geht auch nicht an, irgend ein anderes Entscheidungszentrum zu imaginieren oder auch nur stillschweigend zu Grunde zu legen. Entschieden wurden die deutschlandpolitischen Fragen im Austausch zwischen der Spitze der zuständigen Fachabteilung, von Molotow als politisch verantwortlichem Politbüro-Mitglied und von Stalin selbst. Es gibt keine Anzeichen für andere Kommunikationswege, eine alternative Linie, von der das Außenministerium und Molotow nichts wußten, oder für eine Politik, die an Stalin vorbei geführt worden wäre. Bevor man die Forderung nach Erschließung weiterer Quellen erhebt⁴, sollte man zunächst einmal zur Kenntnis nehmen, was sich aus dem Austausch zwischen Gribanow, Molotow und Stalin ergibt.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß sich Hermann Graml durch die Behauptung, die Dokumente sagten über Stalins Motive nichts aus, nicht davon abhalten lässt, im weiteren Verlauf seiner Ausführungen selbst die Inhalte der Entwürfe wie die Aussagen der begleitenden Erläuterungen heranzuziehen, um zu belegen, wozu die Präsentation von Grundlagen eines Friedensvertrags seiner Meinung nach „gedacht“ (S. 129) war: „Den Dokumenten ist zu entnehmen, daß dies für alle Akteure auf östlicher Seite gilt, von Pieck, Grotewohl und Ulbricht über General Tschujkow und Semjonow bis zu Molotow und Stalin“ (S. 137). Mit anderen Worten: Sein erstes Argument findet Graml selbst nicht überzeugend.

Mit seinem zweiten Argument sieht es nicht viel besser aus. Hermann Graml glaubt den Dokumenten entnehmen zu können, daß die Initiative zu der Noten-

³ Hermann Graml scheint die Breite des erschlossenen Materials nicht recht wahrzunehmen, wenn er beharrlich von „einer Quelle“ spricht, die ich mißverstanden hätte. Tatsächlich sind die 15 edierten Dokumente durchaus unterschiedlicher Natur, sie stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus den ausgewerteten und in den Fußnoten nachgewiesenen Beständen des Außenministeriums dar. Für die Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse sind zudem die Hinweise auf Tagesordnungen und Beschlüsse der Politbüro-Sitzungen im Parteiarchiv wichtig. Die Protokolle der Unterredungen Stalins mit den SED-Führern im Präsidentenarchiv ermöglichen Präzisierungen im Hinblick auf die nachträgliche Wahrnehmung der Initiative durch die SED-Führer wie durch Stalin.

⁴ So etwa Hans-Erich Volkmann in seiner Besprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. 4. 2002, der freilich die Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wieso sich Aufschlüsse zu den sowjetischen Zielsetzungen ausgerechnet in französischen Archiven finden lassen sollen.

Aktion von der SED-Führung ausging und zwar „zweifelsfrei“, wie er betont (S. 124). Dies ist für ihn ein zentraler Beleg dafür, daß sie nur „Propagandazwecken dienen“ sollte: Erstens sei die SED-Führung für mehr nicht zuständig gewesen, und zweitens habe sie ja wohl nicht ihren eigenen „politischen Selbstmord“ (S. 125) initiieren können. Abgesehen davon, daß diese Schlußfolgerung nicht zwingend ist (es könnte ja auch vorauseilender Gehorsam im Spiel gewesen sein oder eine andere politische Zielsetzung als der bloße Machterhalt in der Ostzone), beruht sie auf einer allzu flüchtigen Lektüre der Dokumente: In der Demarche der SED-Führung vom 21. Februar 1951, die Graml dabei im Blick hat, ist von der Veröffentlichung eines Friedensvertrags-Entwurfs mit keinem Wort die Rede, es ging lediglich um eine Unterstützung des sowjetischen Bemühens, das Thema „Abschluß des Friedensvertrages“ auf die Tagesordnung der Außenministerratstagung zu bringen. Daß die Sowjetregierung auf der Außenministerratstagung den Entwurf eines Friedensvertrags vorlegen sollte, hatte Gribanow schon am 7. Februar angeregt, und eine erste Fassung des Entwurfs hatte seine Abteilung sogar zu einem noch früheren Zeitpunkt erarbeitet.

Die Idee, mit dem Entwurf an die Öffentlichkeit zu gehen, findet sich erstmals in dem Memorandum, das Gribanow am 9. Juli 1951 ausgefertigt hat. Die SED-Führung wurde nachweislich erst in der Besprechung am Abend des 30. Juli mit ihr konfrontiert, also drei Wochen später. Diese Besprechung fand in den Diensträumen der Sowjetischen Kontrollkommission in Karlshorst statt; nichts spricht dagegen, daß sie wie alle anderen Besprechungen dieser Art auf Initiative der Kontrollkommission zustande gekommen ist⁵. Die Übereinstimmungen in den Aussagen des Memorandums vom 9. Juli und den Äußerungen im Laufe der Besprechung vom 30. Juli können also nur so gedeutet werden, daß das Außenministerium die SED-Führung über Semjonow mit seinen Überlegungen vertraut machte. Über die Form der Übermittlung – ob im Zuge der Besprechung oder, was auch denkbar wäre, durch vorheriges „Briefing“ eines der teilnehmenden SED-Führer – sagen die Quellen nichts aus. Offenkundig ist hingegen, daß die Idee aus Moskau kam, nicht aus Ost-Berlin.

Sowohl die Idee, den Entwurf eines Friedensvertrags dem Außenministerrat vorzulegen, als auch der Vorschlag, ihn in Ermangelung einer Außenministerratstagung in der Presse zu veröffentlichen, sind also, auch wenn Graml das nicht wahrhaben will, eindeutig in Moskau entstanden, und zwar in der dafür zuständigen Abteilung des Außenministeriums. Gramls Beweisführung verkehrt sich damit in ihr Gegenteil: Auf etwaige Sonderinteressen der SED-Führung wurde bei der Lancierung der sowjetischen Initiative keine Rücksicht genommen; das konnte angesichts des Verhältnisses der sowjetischen Siegermacht zu den Führern der deutschen Kommunisten auch gar nicht anders sein. Wie die Sowjetführung mit ihnen umging, wenn sie

⁵ Vgl. die Aufzeichnungen, die Wilhelm Pieck bei dieser Gelegenheit gemacht hat, veröffentlicht in: Rolf Badsrübner/Wilfried Loth (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*, Berlin 1994, S. 371–373.

Vorschläge äußerten, die nicht zu Gribanows Vorstellungen paßten, kann man am Schicksal des Maßnahmenplans ablesen, den Tschujkow und Semjonow in der dritten Januarwoche 1952 nach Moskau übermittelten: Die SED-Führung wurde straff an die Leine genommen; wie die Sowjetregierung auf den Appell der DDR-Regierung an die vier Mächte reagieren würde, erfuhr sie erst wenige Stunden vor der Veröffentlichung der Note⁶. Auch wenn sich der Zweck der Noten-Aktion darin gewiß nicht erschöpfte⁷, eine Zurechtweisung der SED-Führung war dies sehr wohl.

Anders als Graml behauptet, geht aus dem Dokument durchaus hervor, was bei der Besprechung mit den Außenminister-Stellvertretern am 16. August 1951 geschah – die nächste „Vorlage für die Instanz“ legte Gribanow Wyschinskij mit der Bemerkung vor, daß sie „entsprechend Ihrer Bemerkungen korrigiert worden ist“, und dabei war der Vorschlag, den Entwurf eines Friedensvertrags zu veröffentlichen, weggefallen. Was ich unter einer differenzierten Strategie verstehe, wird durchaus gesagt – ein Katalog aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Erzeugung von politischem Druck auf die westlichen Regierungen. Für Stalins Zögern gibt es durchaus Belege – zunächst den Einwand in dem Memorandum, das nach der Beratung im Politbüro am 27. August angefertigt wurde, und dann den nachträglichen Bericht Semjonows, der nicht dadurch an Quellenwert verliert, daß er zu den primären Quellen paßt. Und auch worin die Lücke bestand, die Stalin mit seiner Intervention aufriß, wird durchaus gesagt – die Veröffentlichung der Grundlagen des Friedensvertrags, die ursprünglich der Mobilisierung der Öffentlichkeit dienen sollte, wurde jetzt davon abhängig gemacht, daß bei dieser Mobilisierung schon wesentliche Erfolge erzielt worden waren⁸.

Hermann Graml sieht in alledem nicht nur „nicht den geringsten Anhalt“ (S. 125) für eine Aktion, die von Gribanow ausging. Er bestreitet auch – und daraus ergibt sich sein *drittes* Argument –, daß sich die Autoren der diversen Entwürfe Mühe gegeben hätten, ihren Vorschlag für die westlichen Regierungen oder doch zumindest für die westliche Öffentlichkeit attraktiv zu fassen. Dazu ist zunächst einmal zu bemerken, daß die Memoranden explizit die westliche Öffentlichkeit als Adressaten

⁶ Vgl. Loth, Entstehung, S. 49 f. u. 56 f.

⁷ So die These von Aleksej Filitov, *Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdnego stalinizma (k voprosu o genezise „stalinskij noty“ 10 marta 1952 goda)*, in: A. O. Cubar'jan (ovred.), *Stalin i chodnaja vojna*, Moskau 1998, S. 315–349.

⁸ Loth, Entstehung, S. 28–32 (Zitat S. 28). Von ähnlicher Qualität sind auch die sonstigen Belege für mein angebliches „fortwährendes“ Überstrapazieren der Quellen: Graml, Eine wichtige Quelle, S. 120. Auch Melnikows Bericht wird durch die Übereinstimmungen mit den primären Quellen nicht entwertet, sondern gewinnt an Gewicht. Semjonow und Puschkin arbeiteten an den Schlüsseldokumenten Ende August/Anfang September 1951 mit; also sollten sie wohl ihre spezifischen Kenntnisse der Situation in Deutschland in die Formulierung der Dokumente einbringen. Für die Erwartung, daß über den Friedensvertrag verhandelt werden würde, sprechen nicht die Aufnahme „eine[r] Reihe von Einzelheiten“ und die Berücksichtigung der „wohl gängigste[n] Sprachregelung sowjetischer Deutschland-Propaganda“ (ebenda, S. 123), sondern die völkerrechtlich präzise Ausarbeitung eines Vertragswerks, das die sowjetischen Sicherheitsinteressen im Blick behielt. Daß Stalin am antifaschistischen Kern der Potsdamer Beschlüsse festhielt, läßt sich mit dem Hinweis auf Angebote zur Integration ehemaliger Nationalsozialisten nicht bestreiten.

der Aktion benennen – das „deutsche Volk“, die „französischen Patrioten“, die „Weltöffentlichkeit“. Vom „eigenen Machtbereich“, den Graml als Adressaten der Propaganda glaubt herauslesen zu können (S. 130), ist nicht die Rede. Zweitens wird in der Stellungnahme vom 21. Januar 1952 ausdrücklich davon gesprochen, daß man den „Gegnern des Friedensvertrages mit Deutschland“ keinen „Anlaß geben“ dürfe, „um die Bedeutung unseres Eintretens in dieser Frage herunterzuspielen“. Drittens lassen sich die vorgesehenen Vertragsbestimmungen und Grundsätze eben nicht so ohne weiteres als „Forderung nach dem Anschluß Westdeutschlands an die DDR“ und „Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein“ interpretieren, wie Graml behauptet (S. 128). Walter Ulbricht hat die sowjetischen Intentionen jedenfalls ganz anders verstanden: „Wir dürfen nicht annehmen, daß, wenn die Einheit Deutschlands hergestellt wird, die DDR die Grundlage für ganz Deutschland bilden muß, sondern daß man von beiden Deutschlands zu Kompromissen bereit sein muß, wenn man die Einheit Deutschlands will“⁹. Viertens wurden die Bestimmungen, was Graml bei der Entwicklung seines Arguments großzügig übersieht, ständig abgemildert. Diese Änderungen machen überhaupt keinen Sinn, wenn man dahinter nicht das Bemühen um eine Überwindung der Gegner des Friedensvertrages am Werk sieht, das im Dokument vom 21. Januar 1952 explizit angesprochen wurde.

Daß bis zum Schluß manches stehen blieb, womit sich die Deutschen und/oder die Westmächte schwer taten (es wird, anders als Graml auf Seite 131 behauptet, in meiner Interpretation durchaus berücksichtigt), ist kein Gegenbeweis. Im Gegenteil: Gerade weil die Autoren über den propagandistischen Effekt hinaus das mögliche Verhandlungsergebnis im Blick hatten, konnten sie nicht sämtliche sowjetischen Positionen leichtfertig räumen. Ebenso wenig lassen sich die Nachweise für die sowjetische Absicht, den Kurs der westlichen Deutschlandpolitik zu korrigieren, durch das Hilfsargument entkräften, Stalin und seine Mitstreiter hätten doch wissen müssen, daß die angebotenen Regelungen für den Westen nicht attraktiv waren. Nicht nur, daß es dafür keinen Beleg gibt, das Argument also nicht zwingend ist und auf der Überzeichnung des Gegensatzes zwischen westlichen und sowjetischen Positionen beruht – es läßt sich sogar das Gegenteil nachweisen. Stalin setzte seit der Absage an den Marshall-Plan auf die „friedliebenden Kräfte“ im Westen und insbesondere auf das Einheitsstreben der Deutschen; er hielt daran gegen alle Evidenz mit andauernder Hartnäckigkeit fest¹⁰. In der Erläuterung der Noten-Aktion, die Anfang Februar 1952 an Tschujkow und Semjonow geschickt wurde, heißt es aus-

⁹ Walter Ulbricht in der Wiedergabe Heinrich Raus, Protokollnotiz der Dienstbesprechung vom 30. 10. 1950, zit. bei Elke Scherstjanoi, Zwei deutsche Staaten? Forschungsfragen zur Nachkriegsplanung Moskaus im Lichte neuer Quellen 1948–1950, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 28 (1999), S. 257–302, hier S. 301. Im Januar 1952 äußerte Ulbricht: „Bei gesamtdeutschen Wahlen kann für das ganze Volk nur etwas Gutes herauskommen. Jeder weiß, daß kein Gedanke daran ist, daß dabei eine Herrschaft der Kommunisten herauskommt.“ Notizen des Sekretariats des ZK der SED, zit. bei Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 186.

¹⁰ Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, erw. Neuaufgabe, München 2000, S. 369–372; ders., Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht

drücklich: „Die Sowjetregierung faßt ins Auge, daß die oben genannten wie auch die möglichen zukünftigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland, zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands und zur Schaffung eines vereinigten deutschen Staates beitragen werden.“¹¹ Gramls „unabweisbare[r] Schluß, daß es Molotow und Stalin nicht um Arbeit an einer verwendbaren Basis für eine Viermächte-Konferenz zu tun war“ (S. 131), löst sich in nichts auf.

Gleichzeitig ist damit auch schon sein *viertes* Argument widerlegt: Gramls Behauptung, „die Wiedervereinigung“ käme „in den begleitenden Notizen der sowjetischen Funktionäre“ überhaupt nicht vor – „nicht in einem einzigen Dokument, in dem die Rede von Absichten und Zwecken ist“ (S. 129). Das stimmt schlichtweg nicht. Die „Schaffung eines vereinigten deutschen Staates“ wird nicht nur in der Instruktion für Tschujkow und Semjonow zum Ziel der Aktion erklärt. Sie findet sich schon in dem grundlegenden Memorandum von 9. Juli 1951 („Um die Initiative im Kampf für die Wiederherstellung der Einheit des demokratischen Deutschlands nicht unseren Händen entgleiten zu lassen“), sie findet sich in der überarbeiteten Vorlage für Stalin vom 28. August („Die Veröffentlichung [...] würde eine konkrete Plattform des Kampfes für ein vereintes demokratisches Deutschland [...] abgeben“), sie findet sich in den Entwürfen für eine erneute Vorlage an Stalin im Januar 1952, in den Erläuterungen an die Adresse der Regierungen der DDR, Polens und der Tschechoslowakei und in allen einschlägigen Politbüro-Beschlüssen. „Maßnahmen zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland und zur Schaffung eines vereinigten, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates“ war der Beschluß vom 8. Februar 1952 überschrieben¹². Wie Hermann Graml das glatte Gegenteil behaupten kann, ist nicht nachvollziehbar.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die sowjetischen Funktionäre, so Graml, nicht die Absicht geäußert hätten, „die Note auf einer Konferenz der vier Besatzungsmächte erörtern zu lassen“ (S. 130). Den Friedensvertragsentwurf auf der Außenministerratstagung zu erörtern, war nicht nur der explizite Inhalt der Vorschläge vom 7. und 24. Februar 1951. Im Memorandum vom 15. August 1951 schlug Gribanow vor: „In den Noten soll auch der Wunsch nach Einberufung der Friedenskonferenz zur deutschen Frage vor Ende 1951 angezeigt werden.“ Nachdem dies verworfen worden war, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Sowjetregierung gestehe zu, sich auf der Außenministerratstagung „lediglich“ mit dem Abschluß des Friedensvertrags zu beschäftigen¹³, bezeichnete das Außenministerium die Aufforderung an die Westmächte, über den Abschluß eines Friedensvertrags zu sprechen, als „indirekten“ Vorschlag zur „Einberufung des Rates der Außenminister der vier Mächte“. Darüber hinaus wurde festgehalten: „Wir meinen, daß man sich in der ersten Note darauf beschränken kann, wenn man berücksichtigt, daß der formelle

wollte, Berlin 1994, S. 110–115, 121–125, 152–157, 168–170. Der Vorwurf, den Kontext zu vernachlässigen und Forschungsergebnisse unberücksichtigt zu lassen, fällt hier auf Graml zurück.

¹¹ Loth, *Entstehung*, S. 114.

¹² Ebenda, S. 114, 67, 76, 52.

¹³ Beschlußvorlage vom 28. 8. 1951, in: Ebenda, S. 76.

Vorschlag zur Einberufung des Ministerrats auch später, in Abhängigkeit von der Reaktion der drei Westmächte auf unsere Note, gemacht werden kann“¹⁴. Gribanow und seine Ko-Autoren taten also genau das, was Graml als Beleg für eine ernsthafte Verhandlungsabsicht einfordert: „eine sowjetische Note als ersten Schritt zu einer Viermächte-Konferenz über Deutschland verstehen beziehungsweise deklarieren“ (S. 130).

Wieder fragt man sich, wie Hermann Graml auf die Idee kommen kann, einfach das Gegenteil zu behaupten. Er vergißt auch zu erwähnen, daß der Vorschlag einer Ostblock-Konferenz zur Billigung des sowjetischen Grundlagen-Entwurfs (allerdings auch für ihn kein wirklich zwingender Beweis für bloße Propaganda-Absicht) gerade nicht realisiert worden ist. Er sieht darüber hinweg, daß die Autoren des Friedensvertrags-Entwurfs davon ausgingen, daß ihr Text als Verhandlungsgrundlage für den Außenministerrat dienen würde: Ansprüche der Nachbarländer auf Grenzkorrekturen gegenüber Deutschland, hielten sie als Erläuterung in Teil I ihres ausgefeilten Entwurfs fest, „können vom Außenministerrat während der endgültigen Vertragsausarbeitung geprüft werden“¹⁵. Und er nimmt auch nicht zur Kenntnis, daß Gribanow und seine Ko-Autoren eine Vorab-Veröffentlichung des Gesamttextes des Friedensvertrages mit dem Argument ablehnten, dies würde „uns bei möglichen Verhandlungen mit den Westmächten zu einzelnen Artikeln des Friedensvertrages die Hände binden“¹⁶. Die Ausarbeitung des Friedensvertrags unter Heranziehung aller einschlägigen Spitzenkräfte diene sehr wohl der Vorbereitung einer Außenministeratstagung; es ist auch gar kein anderer Zweck denkbar.

Daß die Autoren der Memoranden bei manchen ihrer Vorschläge für Appelle (keineswegs bei allen, wie Graml suggeriert) mutmaßten, die westlichen Regierungen, die Bundesregierung oder der Bundestag würden wohl nicht darauf eingehen, besagt alldem gegenüber nur, daß sie mit Widerständen rechneten. Um sie zu überwinden, brauchte man die öffentlichen Kampagnen, nicht zu irgend einem anderen ominösen Zweck. Ein Erfolg der Appelle wurde durchaus gewünscht, im Fall der Forderung nach Erörterung der Einhaltung der Demilitarisierungsbestimmungen für wahrscheinlich gehalten, hinsichtlich des Volkskammer-Appells zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung zumindest nicht ausgeschlossen¹⁷. In seinem grundlegenden Memorandum vom 9. Juli 1951 schlug Gribanow nicht vor, „westliche Propaganda mit der Wahlfrage durch östliche Propaganda mit dem Entwurf eines Friedensvertrags zu parieren“ (so Graml S. 126). Vielmehr stellte er die Veröffentlichung der „Grundlagen des Friedensvertrages“ der geplanten westlichen Erklärung zur Beendigung des Kriegszustandes gegenüber und bezeichnete diese als bloß formell, jene aber als real: „Die formelle Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes

¹⁴ Entwurf zwischen dem 16. und 21. 1. 1952, in: Ebenda, S. 105; in leicht variiert Fassung auch im Entwurf vom 21. 1. 1952, in: Ebenda, S. 109, und in der definitiven Beschlußvorlage vom 25. 1. 1952, in: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, fl. 07, op. 25, p. 13, d. 144, fl. 94 f.

¹⁵ Loth, Entstehung, S. 89.

¹⁶ Ebenda, S. 108.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 23 u. 78.

mit Deutschland gibt dem deutschen Volk nichts Wirkliches. Der schnelle Abschluß des Friedensvertrages hingegen und der Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Abschluß des Friedensvertrages entspricht den vitalen Interessen des ganzen deutschen Volkes wie auch den Interessen aller anderen friedliebenden Völker.“¹⁸

Zuletzt, also *fünftens*, argumentiert Hermann Graml noch mit den Vorgängen nach dem 10. März 1952: Die Sowjets seien nicht auf die westliche Konzession eingegangen, Wahlen in Deutschland von einem „von den vier Besatzungsmächten eingesetzte[n] Ausschuß“ (S. 133) überwachen zu lassen; Stalin habe schon am 1. April die Aufstellung von 30 Divisionen in der DDR befohlen und sich noch im Oktober 1952 bei Semjonow erkundigt, „wie denn die Note vom 10. März in der Bevölkerung der DDR gewirkt habe“ (S. 136). Den Vorwurf, ich hätte es unterlassen, meine Interpretation „im Lichte der Vorgänge nach dem 10. März 1952 zu überprüfen“ (S. 132), widerlegt er dabei gleich selbst, indem er sich ausführlich mit meiner Darstellung dieser Vorgänge beschäftigt. Ansonsten stellt er einmal mehr Behauptungen auf, die sich mit den Quellen nicht in Einklang bringen lassen.

Tatsächlich enthielt die zweite westliche Note vom 13. Mai 1952, mit der Graml hier argumentiert, zunächst einmal Argumente *gegen* die Einsetzung einer Vier-Mächte-Kommission. Danach wurde als Konzession lediglich formuliert, die Westmächte seien „bereit, sämtliche sonstigen praktischen und konkreten Vorschläge für eine unparteiische Untersuchungskommission zu prüfen, welche die Sowjetregierung etwa zu machen wünscht, unter der einen Bedingung, daß sie Aussicht bieten, die baldige Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland zu fördern.“ Daß die Westmächte diese Bedingung bei einer Vier-Mächte-Kommission als gegeben ansehen würden, war dem nicht zu entnehmen. Zudem verlangten sie „Garantien dafür, daß die als Ergebnis der Abhaltung freier Wahlen gebildete gesamtdeutsche Regierung während des Zeitraums vor Inkrafttreten des Friedensvertrages die erforderliche Handlungsfreiheit genießt“¹⁹. Daß die Sowjetregierung nicht bereit war, sich auf ein solches Verfahren einzulassen, sollte nicht verwundern: Es bot keine Gewähr, daß die Wiedervereinigung nicht auf einen Anschluß der DDR an den Westen hinauslief. Das war in der Tat nicht das Ziel der sowjetischen Initiative; insofern spricht die Ablehnung dieses Verfahrens nicht gegen die Neutralisierungsabsicht, sondern dafür.

Auch Stalins Drängen auf den Aufbau einer DDR-Streitmacht taugt nicht zum Gegenbeweis: Zunächst einmal erfolgte es *nach* der kategorischen Ablehnung der Neutralisierungsforderung durch die Westmächte, aus der sich für Stalin nachweislich eine neue Situation ergab. Sein Gespräch mit den Botschaftern der drei Westmächte während der Berlin-Krise im August 1948 bietet, anders als Graml behauptet, keinen Anhaltspunkt dafür, daß er schon damals überzeugt gewesen sei, die Westmächte würden sämtliche Vorschläge für einen Friedensvertrag ablehnen. Stalin

¹⁸ Ebenda, S. 69.

¹⁹ Note der drei Westmächte vom 13. Mai 1952, in: Europa-Archiv 7 (1952), S. 4963–4965, hier S. 4965.

hatte lediglich die Verhandlungen nicht gleich abgebrochen, als sich die Vertreter der Westmächte weigerten, auf seine Forderung nach Suspendierung der Londoner Beschlüsse zur Weststaatsgründung einzugehen²⁰. Die Aufforderung an die SED-Führer in der Unterredung vom 7. April 1952, jetzt ihren „eigenen Staat [zu] organisieren“, setzt logisch voraus, daß Stalin bislang der Auffassung gewesen war, eine solche Notwendigkeit bestehe nicht, daß er die DDR also bis dahin nur als ein kurzfristiges Provisorium betrachtet hatte. Von der neuen Einschätzung der Lage ohne weiteres auf die ursprünglichen Motive zu schließen, verbietet sich umso mehr, als Pieck, auf dessen Frage Stalin hier antwortete, mit der Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags rechnete. Im übrigen schloß die Aufrüstung der DDR in Stalins Sicht eine Verständigung über die Neutralisierung Deutschlands keineswegs aus. Den ob der neuen Töne verunsicherten SED-Führern erklärte er, „daß man heute im Westen denkt, daß ihr überhaupt nicht bewaffnet seid, daß ihr keine Kraft habt und man euch leicht erobern kann. Solange sie so denken, sind sie nicht gesprächsbereit. Sie reagieren nur auf Stärke. Wenn bei euch plötzlich eine Armee auftaucht, wird man anders mit euch sprechen – man wird euch anerkennen und lieb gewinnen, da Stärke von allen geliebt wird.“²¹ Die Mobilisierung der „friedliebenden Kräfte“ für den Friedensvertrag war für ihn von einem Kurzzeit- zu einem Langzeitprojekt geworden – mehr hatte sich nicht geändert. Hermann Graml zitiert diese Passage der Protokollaufzeichnungen zu den Gesprächen vom 1. und 7. April 1952 wohlweislich nicht, wirft mir aber gleichzeitig vor, zu diesen Unterredungen „nur die halbe und damit eine über die ganze hinwegtäuschende Wahrheit“ zu bieten (S. 136).

Den Hinweis auf das „Volk in Westdeutschland“ als Hauptadressaten der Friedensvertrags-Kampagne, den das Protokoll der Unterredung vom 7. April enthält, sucht Graml mit der Behauptung zu entkräften, Stalins „vornehmliches“ Interesse sei in einem späteren Gespräch mit Semjonow zum Ausdruck gekommen, als er sich nach der Wirkung der Note „in der Bevölkerung der DDR“ erkundigt habe. Semjonow, der bekanntlich Vertreter des Außenministeriums bei der Sowjetischen Kontroll-Kommission in Deutschland war, nicht etwa Leiter der Diplomatischen Mission bei der DDR-Regierung, weiß von einem solchen vordringlichen Interesse an der „Erziehung“ der Deutschen in der DDR“ (S. 136) freilich nichts. In seinen Memoiren heißt es lapidar: „Stalin interessierte sich noch kurz für einige innere und äußere Aspekte der Entwicklung Deutschlands, das Echo in der Bevölkerung auf die Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 über die Wiedervereinigung“²². Gramls „schlagendste[r]“ Beweis für „eine vor allem auf die eigene Machtsphäre – das heißt

²⁰ Unterredung vom 2. 8. 1948, amerikanisches Protokoll, in: Foreign Relations of the United States 1948, Bd II, Washington 1973, S. 999–1006, sowjetisches Protokoll, auszugsweise zit. in: Moskowskije Nowosti, 18. 5. 1988; vgl. Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 122–124.

²¹ Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 20–49, hier S. 45.

²² Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 279 (Hervorhebung durch den Verfasser).

in erster Linie auf die DDR – gerichtete propagandistische Absicht der sowjetischen Notenkampagne“ (S. 134) beruht mithin auf purer Hinzudichtung.

Der Befund ist eindeutig: Gramls Kritik an meiner Beschreibung der Entstehung der Stalin-Note und der damit verbundenen Erläuterung der sowjetischen Motive erweist sich in keinem einzigen Punkt als stichhaltig. Für die These einer begrenzten, vor allem auf die eigene Machtsphäre und hier in erster Linie auf die DDR gerichteten Propaganda-Aktion, die Graml dagegen setzt, gibt es nicht den geringsten Beleg. Weder wurde in den Memoranden die Situation in der DDR oder in anderen Ostblockländern erörtert, noch wurde irgend ein Bezug zwischen dieser Situation und den vorgeschlagenen Maßnahmen hergestellt. Ebenso wenig ergeben sich aus dem Inhalt der zur Veröffentlichung bestimmten Texte und ihren Modifikationen irgend welche Anhaltspunkte für eine solche Aktion.

Sie ist auch in keiner Weise plausibel: Als Alibi zur propagandistischen Absicherung der Aufstellung einer DDR-Armee, wie Graml in seinen früheren Veröffentlichungen gemutmaßt hat, kann sie kaum gedacht gewesen sein, da die Kampagne wesentlich früher konzipiert wurde, als Beschlüsse zur Aufrüstung der DDR erkennbar sind; Graml hat diese Erklärung bemerkenswerterweise auch nicht explizit wiederholt. Als Mittel zur Immunisierung der DDR-Bevölkerung gegen mögliche Nebenwirkungen der Lockerung des westlichen Besatzungsstatuts und eventueller neuer Vorschläge zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen aber, wie er sie jetzt präsentiert, war sie weder dringend geboten, noch sonderlich geeignet. Daß der ganze Aufwand einer mehr als elf Monate andauernden Kampagne, zunächst an die Adresse von Bundesregierung und Bundestag und dann an die Adresse der westlichen Siegermächte, nur betrieben wurde, um eine Bevölkerung bei der Stange zu halten, die man ohnehin kontrollierte, ist schwer vorstellbar. Gegen die innere Distanz der DDR-Bürger zu ihrem Regime konnte ein Nachweis westlicher Verhandlungsunwilligkeit, wie er nach Graml Ziel der Aktion gewesen sein soll, kaum helfen.

Vor allem aber steht die These von der „Erziehung“ der DDR-Bevölkerung gegen die Evidenz der Quellen: gegen die Evidenz einer breiten Diskussion von Maßnahmen zur Verhinderung der westlichen Blockbildung, gegen die Evidenz eines ausgearbeiteten Friedensvertrages, der nachweislich als Grundlage für eine Vereinbarung dienen sollte, gegen die Evidenz der Bemühungen, den Widerstand der „Gegner des Friedensvertrages“ zu überwinden. Daß Stalin nicht bereit war, die sich abzeichnende Westintegration der Bundesrepublik tatenlos hinzunehmen, erscheint zudem auch ganz logisch. Ebenso sollte einleuchten, daß ihm die Verhinderung dauerhafter amerikanischer Truppenpräsenz in Europa, die noch dazu durch die Mobilisierung des militärischen Potentials der Bundesrepublik verstärkt werden sollte, wichtiger war als der Fortbestand der de-facto-Diktatur Ulbrichts. Daß er im Zweifelsfall auf die persönlichen Interessen kommunistischer Führer nicht die geringste Rücksicht nahm, hatte er mehr als zur Genüge bewiesen.

Gramls Alibi-These war nie mehr als eine interessante Vermutung, geprägt von der Erfahrung andauernder Zweistaatlichkeit und gestützt auf einige höchst unsi-

chere Zeugnisse aus dritter und vierter Hand aus der Zeit *nach* der Ablehnung der Neutralisierung durch die Westmächte²³. Gerhard Wettig, der sich ihr angeschlossen hatte²⁴, hat sie sogleich aufgegeben, als er die ersten Dokumente aus dem sowjetischen Außenministerium zu Gesicht bekam²⁵. Wie man weiter an ihr festhalten will, nachdem die Evidenz für einen ernsthaften Verhandlungsvorschlag der Sowjetführung unterdessen noch wesentlich größer geworden ist, ist schwer begreiflich. Tatsächlich erweist sich die Alibi-These im Licht der neuen Quellen definitiv als das, worunter Hermann Graml gerne meine Ergebnisse rubrizieren möchte: als eine Legende.

²³ So eine Mitteilung von HICOG-Berlin über „zuverlässige Nachrichten“ aus dem ZK der SED, eine Aussage von Gerald Rummier, geflüchteter Mitarbeiter von DDR-Außenminister Georg Dertinger, über eine angebliche Äußerung Puschkins gegenüber Dertinger, und der Bericht eines Schweizer Diplomaten über eine angebliche Äußerung eines ungenannten sowjetischen Kollegen in London. Vgl. Graml, *Legende*, S. 333.

²⁴ Vgl. Gerhard Wettig, *Die Stalin-Note vom März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem*, in: *Deutschland-Archiv* 25 (1992), S. 157–167.

²⁵ Gerhard Wettig, *Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums*, in: *Deutschland-Archiv* 26 (1993), S. 786–805, hier S. 803. Insofern steht Wettig meiner Auffassung wesentlich näher als Graml. Was ihn von mir unterscheidet, ist lediglich eine andere Sicht des geplanten Weges zur Wiedervereinigung („Sturz Adenauers“ statt Verhandlungen mit den Westmächten) und der Struktur des vereinten Deutschlands (Ausdehnung der SED-Diktatur statt tatsächlicher Implementierung der „Grundsätze“). Dabei sind weitere Annäherungen unverkennbar. Hatte Wettig 1993 noch von einem „Krieg mit anderen als militärischen Mitteln“ gesprochen, „d. h. [von einer] Mobilisierung der Deutschen gegen die westdeutsche Regierung und die Westmächte“ (ebenda, S. 803 f.), so wollte er 1999 nur noch „die Möglichkeit nicht ausschließen, daß Stalin glaubte, einen politischen Durchbruch im deutschen Westen erreichen zu können“. Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999, S. 226. Im Jahr 2002 bleibt davon nur noch die Vermutung, Stalin habe auf „zum Bruch mit dem Westen bereite“ westdeutsche Politiker „nach Adenauers Abtreten“ gehofft. Allerdings nimmt Wettig jetzt auch wieder an, Stalin habe sich mit der Westintegration abgefunden: Gerhard Wettig, *Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Zarusky, Stalin-Note*, S. 139–196 (Zitat S. 191).